

# Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVII/142

27. Juli 1972

Aufweichungstendenzen bei der "Union"

Stoltenberg erwartet nur "sehr knappe"  
Wahlergebnisse

Seite 1 und 2 / 53 Zeilen

Ostberlin und die Freiheit der Meere

Dänemark spricht von "Kanonenboot-Diplomatie"

Seite 3 / 39 Zeilen

Menschenleben haben den Vorrang

Anmerkungen zu den Vorgängen in Bolivien

Seite 4 und 5 / 55 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 12, Heustalle 2-10  
Postfach: 150 408  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 50 37 - 30  
Telefax: 856 345 / 880 5477  
856 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Aufweichungstendenzen bei der "Union"

Stoltenberg erwartet nur "sehr knappe" Wahlergebnisse

Die CDU beginnt sich selbst zu zügeln und auf den Boden der Realitäten zurückzuholen. Der Überschwang der von ihren Managern oft schon zur Gewißheit aufgehotteten Erwartungen, bei der Bundestagswahl Anfang Dezember mit Längen als Sieger durchs Ziel zu gehen, hat die nüchternen Männer in der "Unions"-Führungsspitze so beunruhigt, daß sie jetzt einen ihrer kühnsten Norddeutschen an die Parteifront schickten, um abzuwiegeln. Der stellv. CDU-Vorsitzende Dr. Gerhard Stoltenberg, Schleswig-Holsteins Ministerpräsident, wurde beauftragt, eine Abfangbarriere für den wahrscheinlichen Fall zu errichten, daß der 100-Millionen-DM-Wahlkampf der CDU nichts anderes einbringen sollte als die Bestätigung der Oppositionsrolle für weitere vier Jahre.

Gerhard Stoltenberg, dem die ganze Linie um Rainer Barzel sowieso nicht paßt, weil ihn sein Ehrgeiz an dessen Stelle an die Parteispitze drängt, verkündete ganz trocken die Feststellung, daß die Bundestagswahl 72 nur "sehr knappe" Ergebnisse bringen würde. Stoltenberg als Sprecher des realistischeren Flügels der "Union" hält es also selbst schon für ausgeschlossen, daß die CDU eine ausreichende Zahl von Mandaten einheimsen könnte, die sie in den Stand setzen würde, allein die Bundesregierung zu bilden. Die für die Wahlkampfplakate vorbereiteten Slogans, die eine Ablösung des angeblichen Reform-"Chaos" der SPD/FDP durch rechtskonserva-

27. Juli 1972

tives Beharren der beiden "Unions"-Parteien ankündigen sollen, verlieren durch Gerhard Stoltenbergs vorsorgliches Eingreifen schon jetzt jeden Aussagewert. Ein sehr großer Teil der 100 Millionen DM wird also, folgt man Gerhard Stoltenberg, sinn- und zwecklos verpulvert.

Die SPD wird vor allem jetzt Sorge dafür zu tragen haben, daß diese vorzeitige Ernüchterung in den Führungsreihen der CDU im ganzen Bundesgebiet auch dem letzten Wähler bekannt gemacht wird. Eine Partei, die schon heute, fünf Monate vor dem Wahltag, eingesteht, daß ihr Ansturm auf das Bundeskanzlerhaus ganz gewiß in den Schutzgräben hängen bleiben wird, einer solchen Partei sollte man durch breite und umfassende Aufklärung die Notwendigkeit ersparen, sich ungeachtet dieser nüchternen Erkenntnisse doch nicht allzu sehr zu strapazieren und zu engagieren. Der Wähler sollte rechtzeitig genug erfahren, daß die Partei des Rainer Barzel selbst gar nicht mehr damit rechnet, aus einem sowieso umstrittenen Kanzlerkandidaten noch aus eigener Kraft einen Kanzler wahlfinanzieren zu können, und daher heute schon den Verlust von allen Koalitionspartnern beklagt.

Dieser Tatbestand sollte, die SPD und die FDP freilich nicht zu ruhig werden lassen. Die Sache, um die es geht, verlangt unverändert den vollen Einsatz der beiden Parteiapparaturen. Der Wahlkampf muß von Anfang bis zum Ende offensiv geführt werden, um den Gegner, der jetzt schon Aufweichungstendenzen erkennen läßt, an den Urnen eindeutig zu schlagen. Die Chancen für einen Wahlsieg stehen - auch wenn man alle zum Teil eigenproduzierten Handicaps einkalkuliert - gut. Sie dürfen nur nicht selber unnötig verdorben werden! (ee/ee/27.7.1972/bcy)

+ + +

Ostberlin und die Freiheit der Meere  
-----

Dänemark spricht von "Kanonenboot-Diplomatie"

Die Ostberliner Zeitschrift "Militärwesen" hat sich gegen angebliche Versuche der westdeutschen Bundesmarine gewandt, das Recht auf die Hohe See mit zweierlei Maß zu messen. In dem Kommentar heißt es, daß sich angesichts der aggressiven Emsigkeit imperialistischer Flottenverbände in der Ostsee die Entrüstung einer "gewissen Presse" über Aktivitäten sozialistischer Seestreitkräfte im Ostseeraum und anderswo doch sehr gewollt ausnehme. Dieselben Herren, die so laut das Recht der NATO-Nationen auf die Hohe See betonten, würden plötzlich eklig, wenn die sozialistischen Flotten auf die stets sehr hohen Aktivitäten imperialistischer Flotten reagierten und auch auf Hoher See Wachsamkeit übten. Übereifrige Schreihälse verstiegen sich sogar dazu, der DDR "Kanonenboot-Diplomatie" vorzuwerfen, weil die Volksmarine es wage, ihre Flagge im Kattegat zu zeigen.

Von dieser "Kanonenboot-Diplomatie" hatte nicht die deutsche, sondern die dänische Presse geschrieben, und das war bereits im März dieses Jahres gewesen. In der Bundesmarine hat man, wie zu erfahren war, auf den "Militärwesen"-Kommentar gelassen reagiert. Man ist der Meinung, daß von den an ihre Adresse gerichteten Vorwürfen nichts bleibe, wenn die von der Ostberliner Zeitschrift ausgestoßenen Rauchsquadren der Polemik erst einmal über See abgezogen sein werden. Die Bundesregierung, das weiß man auch in Ostberlin, achtet die Freiheit der Meere. Sie ist unverändert der Auffassung, daß jeder Staat das Recht hat, mit seinen Schiffen die Hohe See ungehindert zu befahren. Dies gelte selbstverständlich auch für Ostsee, Kattegat und Skagerrak.

Es ist aber, und dies allerdings nicht nur beim BRD-Nachbarn Dänemark, weniger die Tatsache des Auftretens von DDR-Einheiten im Kattegat registriert worden, als die Art, wie sie es taten. Denn das Blenden mit Scheinwerfern und das Einnehmen eines Kollisionskurses ist, auch angesichts der amerikanisch-sowjetischen Übereinkunft über die Verhinderung von Zwischenfällen auf See, nicht die korrekte Art des Verhaltens auf Hoher See. In zuständigen Bonner Kreisen hofft man, daß der Ton des Kommentars der Ostberliner Zeitschrift "Militärwesen" nicht identisch ist mit der zukünftigen Art des Auftretens der DDR-Volkmarine in westlichen Seegebieten.

(fr/ee/27.7.1972/bgy)

+ + +

## Menschenleben haben den Vorrang

### Anmerkungen zu den Vorgängen in Bolivien

Aus den Reihen der politischen Opposition in der Bundesrepublik sind erschreckende Stimmen zu hören. Was haben denn deutsche Entwicklungshelfer in Bolivien anderes getan als das, was wir Deutschen in den Jahren des NS-Regimes von den Ausländern und oft mit Erfolg erwartet haben, von denen wir glaubten, daß sie helfen könnten, Menschenleben zu retten! Die jungen Deutschen in Bolivien haben gegen Unrecht, Terror und Verbrechen die Würde des Menschen verteidigt. Sie haben Rechte und Pflichten erfüllt, die jedem obliegen, wo immer und in welchem Lande oder Beruf er tätig ist. Sie handelten unter dem Risiko, ihr Leben oder für lange Zeit ihre Freiheit zu verlieren. Wie viele Deutsche, die heute leben und wirken, verdanken ihr Leben solchen stillen, meist unbekannt gebliebenen Helfern! Die Hoffnung, die Freiheit in Deutschland doch wieder gewinnen zu können, fand auf solche Weise Unterstützung und neue Kraft.

Daß damals zuweilen Regierungen jener Staaten peinlich berührt waren (oder so taten), wenn ihre Staatsbürger "in die inneren Angelegenheiten eines befreundeten Staates eingriffen" - die Peinlichkeit offizieller Erklärungen hat damals niemand übersehen, auch nicht jene Regierungen selbst.

Aber wir erinnern uns keiner einzigen Stellungnahme eines Politikers jener Länder, die eine Hilfeleistung gegen Gewalt, die ein Landsmann einem Deutschen gewährt hatte, verurteilt hätte - ausgenommen und weltweit verachtet solche Politiker, die öhnehin bei den damaligen deutschen Machthabern als Helfer ihrer Untaten angesehen und gegebenenfalls als Kolaborateure benutzt wurden.

Über die Tatsachen in Bolivien sollen hier keine dokumentarisch

belegten Einzelheiten aufgezählt werden. Was dort geschehen ist und weiter geschieht, das hat mit den Freiheitsbestrebungen nichts zu tun, wie sie Anfang des 19. Jahrhunderts einst die Bewunderung der Deutschen und die offene Förderung durch deutsche Landesfürsten und Regierungen auslösten.

Erfahrungen der jüngsten deutschen Vergangenheit belehren und zwingen wache Demokraten dazu, nicht zu vergessen und nichts zu versäumen, um dem Recht und der Freiheit und Würde des Menschen dort Geltung zu verschaffen, wo es möglich und nötig ist und vor allem, wo um Hilfe gerufen wird. Wer solche Hilfeleistung verurteilt und sie gar benutzt, um die Regierung seines Landes zu belasten, aus dem die Bürger als mutige Helfer in menschlicher Solidarität handelten, wer die Regierung beschuldigt, die weder nach dem Grundsatz noch in der Einzelhandlung Verantwortung zu übernehmen hat, der erweckt den Eindruck, daß er nicht um der Sache willen so handelt, sondern um innenpolitisch einen Fischzug zu unternehmen. Er gesellt sich zu denen, die Unrecht und Gewalt stützen und für brauchbare Methoden des politischen Wirkens halten.

Die "Unions"-Parteien, aus deren Reihen solche Stimmen laut geworden sind, sollten sich von ihnen eindeutig distanzieren. Hier wäre das Moralisieren angebracht, mit dem Dr. Rainer Barzel um die Gunst von Wählerstimmen wirbt, wenn er platte Selbstverständlichkeiten zu politischen Maximen aufbläht. In den Reihen der "Unions"-Parteien sind viele Gebrannte, die wissen, was zu tun nötig ist, und daß Menschlichkeit nicht mit internationalen Rechtsformeln ausgeschaltet werden kann und darf.

Fritz Sänger

(-/ex/27.7.1972/ks)